



„Stoppt Strobl!": Andreas Linder (mit Mikrophon) und die Kundgebungsteilnehmer richteten diese Forderung mit Bezug auf den Stuttgarter CDU-Innenminister, der Abschiebungen befürwortet und vollziehen lässt, vor allem an die Basis der Grünen. Bild: Rippmann

## Afghanistan als Europas Schande

**Flucht** Über 250 Menschen protestierten gestern am frühen Abend auf dem Tübinger Holzmarkt gegen Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer. Von Renate Angstmann-Koch

Unter den Rednern waren auch Geflüchtete aus Afghanistan. Eine Trommelgruppe gab bei der gut einstündigen Kundgebung den Takt vor für Parolen wie „No border, no nation, stop deportati-on“ oder „Kein Mensch ist illegal – Bleiberecht überall“.

Als Tabubruch bezeichneten die Organisatoren der Kundgebung die jetzt begonnenen Sammelabschiebungen nach Afghanistan. „Dieses Land ist lebensgefährlich“, sagte die Bundestagsabgeordnete der Linken Heike Hänsel. Selbst die Bundesregierung bewerte nur neun von dreißig Regionen als sicher. Fast in jeder afghanischen Stadt gebe es Anschläge. Andert-halb Millionen Flüchtlinge zögen innerhalb des Landes umher, und das auswärtige Amt habe eine Rei-sewarnung herausgegeben. Die Bundesregierung und die EU woll-ten dennoch in diese Region junge Menschen, Familien mit Kindern und Alte abschieben: „Das ist an Zynismus nicht mehr zu übertref-fen. Es ist die Schande dieser Bun-desregierung und der EU.“

Einige Bundesländer nutzten die Möglichkeit, einen temporären Ab-schiebestopp zu erlassen – nicht je-doch die grün-schwarze Koalition

in Stuttgart. Andreas Linder forder-te von den Grünen, einen Abschie-bestopp durchzusetzen wie in Bre-men. Zur Zeit werde gebetsmüh-lenartig gefordert, dass abgelehnte Asylsuchende „konsequent abge-schoben“ werden. Offenbar woll-ten CDU und CSU im Bundestags-wahljahr verlorene Anhänger zu-

„Rüstungsexporte nach Saudi-Ara-bien oder in die Türkei sind Beihilfe zum Mord.“

**Heike Hänsel**, Bundestagsabgeordnete der Linken

rückgewinnen und die AfD dabei mit Forderungen überholen. „Auch abgelehnte Asylsuchende haben Rechte“, betonte Linder.

Die vergangenen Tage seien ge-prägt durch die politische Ausein-andersetzung um den Anschlag in Berlin, ein erschütterndes Verbrechen, sagte Heike Hänsel. Nun sei viel Hetze gegen Geflüchtete zu hören. Doch die Fluchtursachen wür-den kaum thematisiert. Es sei ein Skandal, „hier Terroranschläge zu betrauern, anderswo Kriege zu füh-

ren und Staaten mit Waffen zu be-liefern, die Terror unterstützen“. Namentlich nannte Hänsel Saudi-Arabien und die Türkei. Es dürfe keine Rüstungsexporte mehr von Heckler und Koch in Oberndorf oder vom Bodensee aus geben. Die Landesregierung müsse ein Kon-zept zur Konversion erstellen. Hän-sel erinnerte auch an die über 5000 im Mittelmeer ertrunkenden Flüchtlinge in diesem Jahr.

„Zerstört unsere Hoffnungen nicht, stoppt die Abschiebungen“, bat Kamila Salehi aus Afghanistan. Ihre Landsleute Mohammad Nazir Momand und Omeir hielten eben-falls kurze Ansprachen. Geflohen seien sie aus Angst, da es täglich Bombenanschläge gab: „Wir ver-stehen nicht, dass ein Land, das Krieg und Terror ablehnt, uns dort-hin abschieben will.“

Matthias Schuh vom Freundes-kreis Schellingstraße thematisierte die regierungsamtliche Einord-nung Afghanistans als „hinrei-chend sicher“, obwohl das Gegen-teil offensichtlich sei. Es handle sich um einen rechtlichen Kampf-begriff. Ausschlaggebend sei, mit welcher mathematischen Wahr-scheinlichkeit ein Abgeschobener zu Tod kommt. Verwaltungsgerichte hielten eine Quote von 1:800 für

vertretbar. „Das ist zynisch“, em-pörte sich Schuh. Man müsse sich dagegen wehren – „auch mit Mit-teln eines verantwortungsvollen zi-vilen Ungehorsams“ – und in Tü-bingen vernetzen.

Das hat das Aktionsbündnis, das zu der Kundgebung aufgerufen hatte, bereits getan. Es möchte auch weiter zusammenarbeiten, und im Bundestagswahljahr den Rechts-ruck bekämpfen. Das gehe am bes-ten, indem man über Fluchtursa-chen spricht, sagte Henning Zie-rock von der Gesellschaft Kultur des Friedens: Hunger, Klimaverän-derungen, Menschenrechtsverlet-zungen und Kriege. Die Flücht-lingsbewegung habe sich nicht von heute auf morgen entwickelt. Über Jahrzehnte habe sie sich von zehn Millionen auf heute 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht aufgebaut. Dazu beigetragen hätten auch Rüstungsexporte und Militä-rstützpunkte wie die Kommando-zentralen Afrikom und Eukom in Stuttgart: „Die Politik muss grund-sätzlich verändert werden, und zwar hier in unserem Land, denn wir sind verantwortlich.“ Zuletzt zogen die Versammelten durch die Neckargasse zur Eberhard-Brücke und zum Epplehaus, wo sich die spontane Demonstration auflöste.